

Volks-Zeitung

Gegen die bündlerischen Macher

wendet sich die Korrespondenz des neugegründeten „Deutschen Bauernbundes“, indem sie schreibt:

Die Entschloßung des Deutschen Bauernbundes scheint die führenden Kreise des Bundes der Landwirte um alle politische Bemühungen gedrängt zu haben. So, man kann sagen, daß sie gar nicht mehr imstande sind, diejenigen publizistischen Formen zu wählen, die im Interesse einer vornehmen Volkswirtschaft zu verlangen sind.

Es scheint so, als ob die Kreise des Zolltariffkampfes gänzlich spurlos vorübergegangen sind an den führenden Herren des Bundes der Landwirte.

Die schwere Niederlage, die bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 allen im Vorberordnenden führenden Kreise des Bundes bereitete wurde, die deshalb eintrat, weil in den Kreisen dieser Herren eine völlige Scheidung zwischen Stadt und Land eingetreten war, scheint nicht genügend aufklärend gewirkt zu haben.

Im Wahlkreise des Herrn Dr. Zahn erhielt dieser in den Wahlen am 19. Oktober 1909 von 9283 abgegebenen Stimmen nur 72, in dem Wahlkreise des Herrn Dr. Rosche von 7830 abgegebenen Stimmen nur 80. Mithin lag es bei den anderen Bundesführern. Dieser Hinweis zeigt, wie schwer das Interesse der Landwirtschaft geschädigt wird, wenn infolge der extremen Politik der Bundesführer eine völlige Trennung zwischen Stadt und Land eintritt. Seit dem Jahre 1903 werden die zur nächsten Reichstagswahl acht Jahre ins Land gegangen sein, das heißt um nahezu zwei Millionen Stimmen hat sich die nicht landwirtschaftliche Wählerzahl gegenüber der landwirtschaftlichen vermehrt. Jedes Jahr vermischt sich die Zahl der Wohlhabendsten um 200.000 Stimmen. Nehezu geschlossen kommt dieser Stimmenzuwachs der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zugute. Von Jahr zu Jahr wird daher die Position der landwirtschaftlichen Bevölkerung schwieriger.

Wirde heute in den Wahlkreisen der Herren Dr. Zahn und Rosche die Wahl stattfinden, bei dem letzten gegenwärtigen Gegenstand, in welchem sie noch unendlich schlechter abschneiden als im Jahre 1903. Denn davon, daß die Abkündigung der Erbfallsteuer sich von Standpunkt der gesamten Landwirtschaft hersehender läßt, ist nicht die Rede. Es wird bei aller Geschicklichkeit der publizistischen Vertreter des Bundes der Landwirte in der Gegenwart ihm nicht gelingen, auch nur kleine Kreise der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß die Abkündigung der Erbfallsteuer im Interesse der gesamten Landwirtschaft liegt. Neun Zehntel der gesamten Landwirtschaft, die von der preussischen Finanzminister nachweislich, bei Annahme der zweiten Regierungsvorlage von der Steuerbefreiung abgesehen, bei Annahme des Antrages, die Einkünfte bis zu 30.000 Mark frei zu lassen, wären kaum fünf Prozent der Landwirte von der Erbfallsteuer getroffen worden.

„Angehörige derartiger Tatsachen, so schließt die Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes, kann die Führer der Bauernbündlerbewegung der Vorwurf, sie treiben einen Keil in die Landwirtschaft, nur fall lassen. Es wäre ein Unglück für die deutsche Landwirtschaft, die heute nur noch über eine Minderzahl von Stimmen verfügt, wollten die bisherigen Verhältnisse gegen die Landwirtschaft als solche so einseitig hervortreten, wie sie es heute gegen den Bund der Landwirte tut. Indem eine neue agrarische Organisation entsteht, wird von der Landwirtschaft das Odium genommen, das ihr die einseitige Politik der Bundesführer aufgedrückt hat und der Weg einer neuen Interessengemeinschaft mit den übrigen Berufsständen ist gegeben.“

Wo liegt Weimar?

Unsere Mitteilungen über das schmutzige Ergebnis eines unserer Mitarbeiter, dem eine Postknoten nach Weimar zurückgewiesen wurde, weil die thüringische Weisheit als solche nicht näher bezeichnet worden war, hat bereits ihre Früchte getragen. Unser Hinweis, daß es außer dem Berlin, in dem die deutsche Reichsverwaltung ihren Sitz hat, noch drei andere Weimars gibt (in Pommern, Ostpreußen, das bereits zuwege gebracht, daß unser Mitarbeiter heute eine Postkarte aus dem Thüringischen erhielt mit der genauen, jeden Zweifel ausschließenden Bezeichnung: Weimar an der Spree. Die Karte ist denn auch richtig, ohne den Umweg über Amerika, direkt bei dem Adressaten angelangt. Liebigers schreibt uns ein anderer Abonnent, daß sich die amtliche Stelle in Berlin, die von einem Weimar im Bezirk Köpenick rebe, im Jertum befindet. „Im Regierungsbezirk gibt es keinen Ort Weimar, sondern drei räumlich von einander getrennte, selbständige Weimars mit dem Namen Lieberose, Oberweimar, Grotzweimar. Sie liegen sämtlich im Kreis Weimars. Lieberoseweimar ist, wie Sie aus dem „Anschluß für Reich“ erfahren werden, Poststelle an der Main-Weberhahn zwischen Weimars-Göthen. Das Ortsverhältnis der Post ist also unrichtig, und die Adresse „Weimar“ kommt nur der Postkarte des Großherzogtums zu. Die erste Postanweisung mußte also unbedingt von dem Postbeamten angenommen werden.“

Die Entschloßung im Leipziger Bierkrieg

ist noch nicht gefallen. Es wird uns unter dem gestrigen Datum von dort berichtet:

Nachdem der Leipziger Brauereiverein ein für allemal seinen Standpunkt dahin festgelegt hat, daß er unter keinen Umständen von einem Bierpreisauflauf von 30 Mark pro Hektoliter Lagerbier abgehen wird, erwartete man heute die Entschloßung von den Getreidern, die sich dem Bierpreisauflauf an dem gestrigen Tag entgegen zu stellen wollten. Die definitive Entschloßung des Getreidern in den Bierkrieg wurde jedoch auch jetzt noch nicht gefällt. Es wurde zwar beschlossen, mit den Vertretern der Brauereien nicht mehr zu verhandeln (ein gegenständliches Beschlüsse, da die Brauereien ihrerseits bereits vorher dasselbe beschlossen hatten), die eigentliche Entschloßung jedoch in die Hände einer für Freitag nach dem Restaurant „Schloß Brauereis“ einzurufen.

berufenen allgemeinen Gesamtsitzung zu legen. Es bleibt nun abzuwarten, was die Getreidern beschließen werden, das heißt ob sie hart genug sind, den Kampf mit der Brauereien aufzunehmen. Wir meinen, daß, wenn sie in diesem Kampfe das Publikum auf ihrer Seite haben, die Getreidern siegen werden.

In Magdeburg wurde die Bevölkerung jedes Bieres und Brautweines, soweit sie veräußert werden sollten, von einer sozialdemokratischen Einberufung, außerordentlich stark besuchten Volksversammlung beschloßen.

Von Herrn Peus in Dessau,

dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, geht uns mit Bezug auf unsere Notiz über seine Wahl zum Delegierten für den sozialdemokratischen Parteitag ein Schreiben zu, wonach die Wahl einen Sieg des Revisionismus nicht darstellte. Der uns jetzt im Vorlaut vorliegende Bericht der „Vandeb. Bl.“ über die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Brandenburg-Preußen zeigt uns, daß es in der Tat bei der Wahl nicht auf eine Entscheidung für oder gegen den Revisionismus ankam. Herr Peus schreibt uns dazu:

„Ich will nicht ein Biergetränk gewinnen, das gegen die Arbeiter interessiert ist, sondern nur die gemeinsamen Interessen betont wissen, die zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterklasse einerseits und anderen Gruppen des bürgerlichen Interesses hat. Die Partei soll sich nicht an die politischen Parteien, sondern an die hinter ihnen stehenden wirtschaftlichen Gruppen wenden. Wer da von unseren Gegnern mit uns gehen will, den heiße ich willkommen.“

„Von Opposition gegen meine Auffassung ist gar nichts hervorgetreten, nur von mangelndem Vertrauen in den Erfolg.“ Meine Wahl zum Delegierten nach Leipzig erfolgte nicht der meines Kollegen Peus einfluß. Sie sollte keinerlei Anerkennung von Revisionismus u. dergl. sein. Die Brandenburger Gewerkschaften sind unbedarft genug, sich auf eine Scheitern zu verlassen.“

Hoffentlich drehen die Leipziger Oberen, nachdem sie ihren Nichtglauben gegen Eduard Bernstein geschleudert, nunmehr nicht auch gegen Herrn Peus wegen der „Mitarbeiterschaft“ an einem bürgerlichen Blatte das Genick um.

Eine neue Keigerichtsordnung.

Der Vorstand des Provinzialverbandes des Provinz Westfalen und der Rheinprovinz, die am 7. September d. J. in Coesfeld abgehaltene Konferenz zu einer außerordentlichen Versammlung zusammentraten, ist eine Vorlage des Provinzialparlamentes der Provinz Westfalen für die Jahre Synoden von 18. August d. J. zugegangen betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Kirchenordnung durch die beabsichtigte kirchliche Neuregelung des Verfahrens bei Bewandlung der „Lehre“ von Geistlichen.

Geuer bricht Meide.

Ueber eine bemerkenswerte Reichsgerichtsentscheidung wird uns aus Leipzig berichtet: Der Hauseigentümer A. in Berlin hatte dem Kaufmann D. einen Laden mit Nebenräumen vermietet. Nach einiger Zeit wurde der Laden durch ein Schußfeuer zerstört. Obwohl der Mietsvertrag des D. noch einige Jahre lief, beantragte dieser gegen A. die Aufhebung des Mietverhältnisses. Der Kaiserliche Richter hat dem D. Recht gegeben, indem er die Aufhebung des Mietverhältnisses für die Zeit der Wiederherstellung des zerstörten Ladens innerhalb einer bestimmten Frist in einem benachbarten Hause ein gerade liegendes Sofa beziehen sollte. Vor dem Landgericht in Berlin kam es zur Klage zwischen beiden. Der Kaufmann verlor den Prozeß. In der Berufungsinstanz (Kammergericht) hingegen legte er. Das Reichsgericht, das sich auf die Revision des Kaiserlichen hin mit der Sache beschäftigte, erkannte jedoch zugunsten des Kaufmanns und begründete dies damit, daß, wenn eine gänzliche Unmöglichkeit der Leistung einträte, der Vermieter nach § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches jeden Anspruch auf Gegenleistung verliere. Daraus andere nichts, daß dem Mieter Ersatz für die zerstörten Räume geboten würde. Als Regel habe vielmehr zu gelten, daß, wenn ein vermietetes Gebäude durch Feuer zerstört werde, das Mietverhältnis dadurch beendet sei.

Die Rückkehr zum Tauschhandel.

Einem kuriosen Handel schloßen auf dem letzten Freimarkt in Hensburg zwei Londoner ab. Danach hat der Käufer den auf 45.00 Mark festgesetzten Kaufpreis für drei Viertel nicht in bar zu liefern; sondern den Hensburger Nachbarn zufolge dafür zu liefern: drei Zentner Kartoffeln, drei Stroh Eier, ein Fuder Dünger, fünf Fässer und einen jungen Hund!

Verdorbenes Fleisch.

Wie die Pariser Blätter aus London berichten, sind nach dem Geruch von verdorbenem Fleisch von der Befragung des Vorpostens 174 mehrere Soldaten unter Verwundungserklärungen erkrankt.

Eine militärische Erfindung.

Wie die „France Militaire“ aus Toul meldet, soll dort eine neue Waffe, eine Erfindung des Oberleutnants von Toul, General Dupommier, in Gegenwart des Generals Pau erprobt werden. Die Erfindung soll den Belagerungstürmen das Übersteigen von Festungswällen ermöglichen.

Gegen die Akhordarbei.

Aus Paris wird berichtet, die Arbeitervereine organisierte Mauerer beschloßen, die Unternehmungen ihrer Vertrieben, keine

Akkordarbeiten mehr ausführen zu lassen, nicht gehalten haben, heute in den Ausstand zu treten.

Noch keine Einigung.

Der schwedische Riesenreißbauer fort. Wie aus Stockholm berichtet wird, erwies sich der Herausgeber der dortigen bürgerlichen Blätter, nachdem sie bargetan hatten, daß ihnen durch den Vertragsbruch der Geher ein Vermögensschaden von 52.000 Kronen erwachsen sei, einen dingeichen Streit gegen den Typographenverband. Als aber der Streit durch Pfändung des Inhalts der Akte des Verbandes vollendet werden sollte, stellte sich heraus, daß der schwedische Typographenverband kein eine halbe Millionen Kronen betragendes Vermögen auf den dänischen Typographenverband übertragen hatte.

Eine Ministerkrisis in Serbien.

Aus Belgrad wird berichtet: Der Justizminister Ribarski hat gestern infolge seiner Auseinandersetzung mit dem Minister des Inneren wegen der Gemeindefiskal in Sabatz seine Demission gegeben. Man nimmt an, daß auch der Ministerpräsident Novakowitsch zurücktreten wird.

Ein schweres Strafgericht.

Hält jetzt die spanische Regierung über die Teilnehmer an dem Aufstand in Barcelona ab. Nach einer Meldung des Pariser „Matin“ hat das Kriegsgericht in Barcelona einen gewissen Anton Muletan, der beschuldigt wird, die ausländische Bewegung in dem Stadtviertel von St. Andreu geleitet zu haben, zum Tode verurteilt. Dem 20 Angeklagte erhalten lebenslängliche Zwangsarbeit, darunter ein Artilleriecorporal, der zu den künftigen übergegangen war. Zahlreich sind die Verurteilungen zu Gefängnis, die zwischen 15 und 17 Jahren schwanken.

Der Vormarsch der Spanier.

Die spanischen Truppen haben, wie bereits berichtet wurde, am Dienstag die Offensive gegen die Rifasolen begonnen. Nach einer Meldung aus Melilla vollzog sich der Ausbruch aus den verschiedenen Lagern ohne Zwischenfall. Das Regiment des Königs hat ohne Verlust von der Araba an der äußersten Grenze der Mar Ghibra befehligt und bezog dann ein Lager bei Nefinga. Die Revolutionäre weichen haben ihre Gegenwehr beibehalten. Nach einer Meldung aus Oran, die La Gornera wurde am Dienstag Abend und gestern Nacht Gewehr- und Artilleriefeuer gehört. Die Spanier hatten keine Verluste.

Nikolaus weiß alles!

Der Zar „sein eigener Polizeichef“.

Der Führer der russischen Sozialisten und Revolutionäre Wladimir Burzew, der Entlarver Wewes und Hartings, entlarvt jetzt auch den Zaren als obersten Polizeichef Russlands, indem er im „Vorwärts“ ein nach dieser Richtung hin überzeugendes Faktum vorführt. Er sagt dazu: Es gibt in Russland — und nicht bloß in England — eine Legende über die Person des Zaren. Nach dieser Legende wäre der Zar ein Mensch ohne Willen, von Schwächen und unheimlichen Geistes, dessen Unfähigkeit ihn zum Verhängnis in den Händen der Kamarilla macht. Man sagte, daß er nichts wisse von all der Militär und dem Scheridien, was in seinem großen Reiche vorgeht. Durch die vielen Mauer des Stillstehens, womit ihn die Minister und die Polizei umgeben, bringe sein Hof keinen Verdacht und unterdrücke alle freien Schreie der Empörung, sein freies Wort erzeuge ihn. Man hat ihn uns nicht nur als Gefangenen der Revolution hingestellt, die in seiner Erziehung befangen das Schredensspiel spielte und deren Führer für ihn nichts als gewöhnliche Verbrecher sind, sondern auch als Gefangenen seiner eigenen Hoflinge, seiner Minister und seiner Polizei.

Diese tief eingewurzelte Legende hofft ich heute zu zerören. Burzew weist nach, daß für den russischen Kaiser im Polizeiministerium eine geheime Zeitung, genannt „Das Journal des Zaren“, hergestellt wird. In dieser wird dem Zaren getrennt Bericht erstattet über alle Angelegenheiten der politischen Polizei.

Man ersieht daraus, daß der Zar — auf diesem Gebiete — über alles informiert ist, alles weiß bis in die kleinsten Einzelheiten.

Abtreiberbewegung, Demonstrationen, Streiks, Verfolgungen, Verhaftungen, Deportationen, Mauerrevolten, Unversitätsunruhen, Ueberwachung der Flüchtlinge, die Deportierten, die Spione, Pläne von Wahagnen gegen die Revolutionäre, deren Schwere der Polizei zu entdecken gelungen ist, alles was den Feldzug gegen die Revolutionäre betrifft und den Kampf gegen das Volk wird mit beständlichem Zynismus erzählt. Es ist also jetzt unmöglich, noch weiter zu behaupten, daß die Polizei dem Zaren nicht vertritt oder daß man sie vor ihm beschönigt, denn er weiß, wie sie die Briefe fängt, die in seinem Journal zitiert werden, wie sie Arbeiter deportiert wegen Beteiligung an Streiks, die von der Bevölkerung selbst als friedlich anerkannt werden, wie sie gegenläufige Akteure über die Mauer verhängt, die erlaubt haben, ihre Leiden hinauszulagern usw. usw.

Das Journal gibt eine ganz genaue Vorstellung von dem System der Spionage, der Ueberwachung, der Militär und aller der blutigen Gewaltakte, die in Russland vorkommen. Der Zar weiß von der Existenz der Postspione, er liest die Briefe, die den Revolutionären von der Polizei in Russland und in der Fremde gehalten werden. Es ist unverständlich über alle Niederträchtigkeit seiner Polizei. Was bei dieser anstreift, ist nicht nur so weit, die private Korrespondenz des großen russischen Schriftstellers des „Ruhmes der russischen Erde“, des Grafen Tolstoi, zu erbrechen. Die strenge Ueberwachung, der man die russischen